



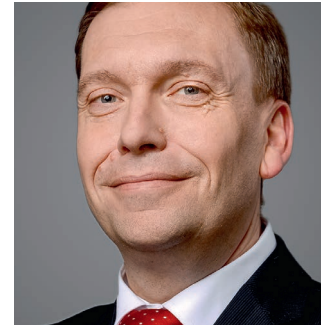
Praktizierter Mieterschutz

Bauen soll einfacher und billiger werden. Das ist das Ergebnis des Wohn Gipfels der Bundesregierung, der im September im Bundeskanzleramt stattfand. Für die geplanten Maßnahmen, wie mehr Sozialer Wohnungsbau, eine Wohngeldreform und mehr Geld für die Städtebauförderung, verdoppelt die Bundesregierung ihre Zuwendung an die Länder auf fünf Milliarden Euro. „Wir sorgen dafür, dass Wohnen bezahlbar bleibt. Dafür steht die Sozialdemokratie auf Bundes-

Landesebene“, sagt Frank Warnecke, Sprecher für Infrastruktur und Bau. Auch hier in Thüringen profitieren die Menschen von dem Maßnahmenpaket „Bezahlbar Wohnen“. Das sei erfreulich, aber gehe noch nicht weit genug, so Warnecke. „Wohnungsneubau ist eben kein Sprint, sondern ein zeitlicher Marathonlauf. Es vergehen leicht mehrere Jahre, bis alle behördlichen Abläufe absolviert sind. Deshalb sind die Ideen, die Bau- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, grundsätzlich zu begrüßen.

Schnelles Handeln ist mit Blick auf die Wohnungsnot jetzt erforderlich.“ Zudem müssen die Lösungen, die gegen weitere Mietexplosion festgehalten wurden, schnell umgesetzt werden. Warnecke zeigt sich zudem offen für die Wiedereinführung der Wohngemeinnützigkeit als ein neuer Baustein in der Frage nach sozialem Wohnraum. Denn die Sozialbindung ist nur eine zeitlich begrenzte Übergangslösung, die in Thüringen nach 15 Jahren endet.

Wenn es darum geht, gute und praktische Förderrichtlinien festzulegen, seien laut Warnecke die Landesregierungen gefragt. Zügige Bearbeitung und Kapazitätsgrenzen für Mieterhöhung im Bestand – Das seien klare Signale für Thüringer Mieterinnen und Mieter, die das Ministerium jederzeit umsetzen könne. „Das wäre praktizierter Mieterschutz“, so Warnecke abschließend.



Liebe Leserin, lieber Leser,

mehr als dreiviertel des Jahres 2018 sind bereits um. Für Thüringen geht es also raschen Schrittes in Richtung Wahljahr 2019, und in fast genau einem Jahr finden die Landtagswahlen statt. Wer nun glaubt, in diesem letzten Jahr vor der Wahl passiert im Parlament nicht mehr viel, irrt:

Wir wollen noch einen Haushalt für 2020 aufstellen, um diesem Land finanzielle Sicherheit zu geben und unsere Kommunen nachhaltig zu stärken. Auch eine dritte Phase bei den freiwilligen Gemeindefusionen soll noch bis zum Oktober 2019 eingeleitet werden – kurzum, es gibt noch einiges zu tun.

Das gilt aber auch für uns als Sozialdemokraten, vor allem in Sachen Zusammenhalt. Wir alle wissen, dass es die SPD derzeit nicht leicht hat. Aber genau deshalb wäre es gut, zu erkennen: Die SPD, das sind nicht nur „die da oben in Berlin“, sondern die SPD, das sind wir alle – und bei aller Kritik: Wir schaffen etwas! Egal ob in den Ortsverbänden, in den Vereinen, bei Spendenaktionen, beim Einsatz für besseres Essen in Kitas und Schulen oder wie zuletzt beim engagierten Auftreten gegen Rechts, bei der Finanzierung des beitragsfreien Kindergartenjahrs, der besseren Ausstattung unserer Unis und Hochschulen, beim Einsatz für mehr Personal an Schulen und bei der Polizei – das alles ist die Sozialdemokratie in Thüringen. Und darauf dürfen wir auch stolz sein – und das auch mal an den Stellen ansprechen, wo wieder auf die SPD „da oben in Berlin“ geschimpft wird.

Euer

Matthias Hey



Heike Taubert
15. November 2018
Greiz

Die Dialogreihe „Redezeit“ ist am 15. November im schönen Greiz zu Gast. Finanzministerin, stellvertretende Ministerpräsidentin und SPD-Fraktionsmitglied Heike Taubert lädt in die Buchhandlung „Bücherwurm“ zu einem Bürgergespräch der etwas anderen Art. Offene Worte und Ideen für die Landespolitik sind Ziel der Veranstaltung, die ganz bewusst nicht im Wahlkreisbüro der Politiker stattfindet. Mit dem Format „Redezeit“ bietet die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag ein öffentliches Diskussionsformat an.

Weitere Infos unter <https://dialog.spd-thl.de>

➤ **Kindertag wird Feiertag**

Ab 2019 ist der 20. September ein gesetzlicher Feiertag in Thüringen. Mit der Einführung des arbeitsfreien Tages am Weltkindertag will die rot-rot-grüne Koalition die Kinder im Freistaat weiter in den Mittelpunkt rücken und einen weiteren Schritt in der Umsetzung der Ziele und Zwecke der von Deutschland ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention gehen.

➤ **Vielfalt der Familien**

Die Stärkung der Familienfreundlichkeit durch eine Modernisierung der Familienpolitik in Thüringen – Das ist erklärtes Ziel der rot-rot-grünen Koalition. Wir Sozialdemokraten in Thüringen setzen uns schon seit vielen Jahren für die Vielfalt der Familien in Thüringen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Denn Familienfreundlichkeit muss als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden. Mit dem im September ins Plenum eingebrachten Gesetz zur Neustrukturierung der Familienförderung und dem Entschließungsantrag „Vielfalt der Familien in Thüringen stärken“ werden von den rot-rot-grünen Regierungsfractionen nun endlich die Rahmenbedingungen für eine neue Familienpolitik im Freistaat festgelegt.

➤ **Lehrerbesoldung**

Die Einführung der Besoldungsstufe A 13 für Regelschullehrerinnen und -lehrer ist ein weiterer wichtiger Schritt der rot-rot-grünen Koalition, den Lehrerberuf in Thüringen attraktiver zu machen. Der Gesetzesentwurf sieht eine stufenweise Einführung der A 13 für Regelschullehrer vor. Bisher galt dies nur für Pädagoginnen und Pädagogen im Gymnasium.

„Cook mal anders“

Wie sieht gutes Essen in Kitas und Schulen aus?

Dienstag, 23. Oktober, Landtag

Jedes siebte Kind in Deutschland ist übergewichtig. Auch die Kinder und Jugendlichen in Thüringen bilden da keine Ausnahme. Dabei entwickelt sich das Bewusstsein für gesunde Ernährung bereits im frühen Kindesalter. Im Dialog mit Expertinnen und Experten wollen die Vertreterinnen von r2g der Frage nach gutem Essen für Kitas und Schule nachgehen.

Anmeldung und Infos unter:
www.spd-thl.de

Thüringen wehrt sich!

Nach Mattstedt nun auch Magdala! Schon zum zweiten Mal ist es gelungen, Europas größtes Rechtsrockkonzert zu verhindern. Das ist etwas, was sich die Thüringer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu Recht auf die Fahne schreiben können. Dass die geplanten Rechtsrockfestivals im Weimarer Land nicht bzw. nicht in dem Umfang stattfinden konnten, wie es sich die Veranstalter ausgemalt hatten, ist das Ergebnis der Zusammenarbeit von Landesregierung, Behörden und einer engagierten Zivilgesellschaft. Nachdem in Magdala in letzter Minute die Zufahrtsstraße zum Gelände gesperrt wurde,

wichen die Veranstalter und Konzertbesucher nach Apolda auf den Marktplatz aus. Mit dem Ergebnis, dass ihre Musik zum einen nicht zu hören war und die Veranstaltung am Samstag durch Polizei und den Veranstalter selbst vorzeitig abgebrochen wurde, da es beim Einlass zu Ausschreitungen gegenüber den Polizistinnen und Polizisten gekommen war.

Die Szene ist angesprochen, trotzdem wird es auch in Zukunft zu Anmeldungen dieser Art kommen. Deshalb ist es wichtig, weiter klare Kante zu zeigen, sowohl von Seiten der Politik als auch von Seiten der Zivilgesellschaft – denn Thüringen wehrt sich!

Integration bleibt oberstes Ziel

Dr. Thomas Hartung zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz



Wer einen Beruf ausübt, hat es zukünftig leichter, einer Abschiebung zu entgehen, auch wenn über den Asylantrag bereits negativ entschieden wurde. Das konnte die SPD innerhalb der Großen Koalition beim sogenannten „Spurwechsel“ in der Asylpolitik – dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz – durchsetzen. Wer durch eine Erwerbstätigkeit seinen Lebensunterhalt sichern kann und gut integriert ist, erhält den verlässlichen Status Geduldeter. Zudem wird zugewanderten Fachkräften aus Nicht-EU-Staaten sechs Monate Zeit für die Arbeitsplatzsuche gewährt.

Ein Schritt in die richtige Richtung, sagt Dr. Thomas Hartung, migrationspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag. Doch das vereinbarte Programm geht ihm nicht weit genug: „Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte muss zentral geregelt sein, bisher machen sich zum Beispiel die IHK oder Einzelunternehmen oft selbst auf die

Suche. Zudem sollte die Anwerbung Hand in Hand mit den Entwicklungsmaßnahmen vor Ort gehen. Und natürlich müssen wir vermeiden, dass es in den Nicht-EU-Staaten zu einer Talentflucht kommt. Denn diese Länder sind ebenfalls auf ihre Fachkräfte angewiesen.“

Um dieses Phänomen zu vermeiden, müssen laut Dr. Hartung jene Menschen mit Duldung bzw. Anerkennungsverfahren, die bereits im Land sind, über Sprachkurse und vermehrte Ausbildungswerbung auf den deutschen Arbeitsmarkt gelockt werden. „Integration ist nach wie vor das oberste Ziel. Wichtig ist dabei eine dezentrale Unterbringung, um die Menschen aus den Städten genau dahin zu bringen, wo sie gebraucht werden.“

Die im Fachkräfteeinwanderungsgesetz festgelegte bedarfsgerechte Steuerung und verstärkte Sprachförderung bezieht sich aktuell noch allein auf die angeworbenen Fachkräfte. Das reiche nicht aus, so Hartung. Den „Spurwechsel“ in der Asylpolitik hält der Sozialdemokrat auch für jene Menschen für zwingend notwendig, die zwar geduldet, aber – aus welchen Gründen auch immer – noch nicht integriert sind.

Hintergrund:

Das Asylrecht ist im Grundgesetz verankert. Es bleibt auch künftig getrennt von den Regeln zur Einwanderung von Fachkräften unangetastet bestehen. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz wird künftig klar und verständlich geregelt, wer nach Deutschland kommen darf und wer nicht. Die Eckpunkte des Gesetzes: Fachkräfte bedarfsgerecht steuern, schnellere und einfachere Anerkennungsverfahren, gezielte Gewinnung von Fachkräften, verstärkte Sprachförderung und effizientere und transparentere Verwaltungsverfahren.